



Stadtratssitzung
Donnerstag, 04. Dezember 2014, 17.00 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäftsnummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 19 vom 16.10.2014)	2014.SR.000024
2. Ersatzwahl in Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl (BSS: Teuscher)	2013.GR.000313
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Aufnahme von neuen Quartiervereinen in die anerkannten Quartierorganisationen: Wie wird dies in den einzelnen Quartieren in der Praxis gehandhabt? (PRD)	2014.SR.000309
4. Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Beitrag an Stadtfest und Beschaffungsrecht (FPI)	2014.SR.000324
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Nutzung der Feuerwehrekaserne als provisorische Asylunterkunft: Zonenkonformität? Können Rechtsmittel ergriffen werden? (FPI)	2014.SR.000311
6. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Nutzung der Feuerwehrekaserne als provisorische Asylunterkunft: Kostenfolgen für den städtischen Steuerzahler? (FPI)	2014.SR.000312
7. Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Videoreglement: Umsetzungsstand Projekte (SUE)	2014.SR.000323
8. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Abklärungen für eine bessere Erschliessung des Dalmazi, der Matte und des Altenbergquartiers! (TVS)	2014.SR.000310
9. Überbauungsordnung Insel Areal III (Abstimmungsbotschaft) (PVS: Imthurn / PRD: Tschäppät) <i>Fortsetzung der Beratung vom 27.11.2014</i>	2013.PRD.000058
10. Inbetriebnahme eines zweiten Rechenzentrums in einer Colocation (Housing); Investitions- und Verpflichtungskredit (FSU: Pinto de Magalhães / FPI: Schmidt) <i>verschoben vom 27.11.2014</i>	2013.FPI.000050
11. Aare Elfenau; Ufersicherungsmassnahmen; Baukredit (PVS: Feuz / TVS: Wyss)	2013.TVS.000123
12. Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP (Stéphanie Penher, GB/Lukas Gutzwiller, GFL): Hallenbad Neufeld; Fristverlängerung (BSS: Teuscher) <i>verschoben vom 27.11.2014</i>	2013.SR.000118
13. Interfraktionelles Postulat GLP, BDP/CVP, SVPplus, FDP (Jürg Weder, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Ueli Jaisli, SVP/Bernhard Eicher, FDP): Hallenbad Mittelfeld; Fristverlängerung (BSS: Teuscher) <i>verschoben vom 27.11.2014</i>	2013.SR.000187
14. GIS-Bern: Enterprise License Agreement; Verpflichtungskredit 2015-	2014.TVS.000116

- 2019 (PVS: Imthurn / TVS: Wyss)
15. Dringliche Interpellation Fraktion SP (Peter Marbet, SP): Polizeieinsatz an der Miss-Schweiz-Wahl: Ist das verhältnismässig?
(SUE: Nause) 2014.SR.000264
 16. Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!/Leena Schmitter, GB): Nacktausziehen als gezielte Einschüchterung von jungen AktivistInnen?! (SUE: Nause) 2014.SR.000265
 17. Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Miss-Verhältnisse auf dem Bundesplatz: Warum vier Gemeinderatsmitglieder? Warum Polizeieinsatz? Was kosteten die Leistungen der Stadt? Welche Ökobilanz ergab sich? (SUE: Nause) 2014.SR.000266
 18. Interpellation Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!/Leena Schmitter, GB): Friedlichen Protest gegen sexistische Kommerzshow zulassen!
(SUE: Nause) 2014.SR.000279

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 24	1301
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.55 Uhr	1304
Mitteilungen der Präsidentin	1305
Traktandenliste.....	1306
1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 19 vom 16.10.2014)	1306
2 Ersatzwahl in Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl	1306
3 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Aufnahme von neuen Quartiervereinen in die anerkannten Quartierorganisationen: Wie wird dies in den einzelnen Quartieren in der Praxis gehandhabt?	1307
4 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Beitrag an Stadtfest und Beschaffungsrecht	1307
5 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Nutzung der Feuerwehrkaserne als provisorische Asylunterkunft: Zonenkonformität? Können Rechtsmittel ergriffen werden?.....	1307
6 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Nutzung der Feuerwehrkaserne als provisorische Asylunterkunft: Kostenfolgen für den städtischen Steuerzahler?.....	1308
7 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Videoreglement: Umsetzungsstand Projekte.....	1308
8 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Abklärungen für eine bessere Erschliessung des Dalmazi, der Matte und des Altenbergquartiers!	1308
9 Überbauungsordnung Insel Areal III (Abstimmungsbotschaft).....	1309
10 Inbetriebnahme eines zweiten Rechenzentrums in einer Colocation (Housing); Investitions- und Verpflichtungskredit.....	1312
11 Aare Elfenau; Ufersicherungsmassnahmen; Baukredit	1317
12 Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP (Stéphanie Penher, GB/Lukas Gutzwiller, GFL): Hallenbad Neufeld; Fristverlängerung	1318
13 Interfraktionelles Postulat GLP, BDP/CVP, SVPplus, FDP (Jürg Weder, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Ueli Jaisli, SVP/Bernhard Eicher, FDP): Hallenbad Mittelfeld; Fristverlängerung.....	1319

14 GIS-Bern: Enterprise License Agreement; Verpflichtungskredit 2015-2019	1320
Schlusswort der Ratspräsidentin	1324
Traktandenliste	1327
Eingänge.....	1328

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.55 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Tania Espinoza Haller

Anwesend

Katharina Altas	Isabelle Heer	Patrizia Mordini
Christa Ammann	Erich Hess	Seraina Patzen
Peter Ammann	Kurt Hirsbrunner	Stéphanie Penher
Cristina Anliker-Mansour	Mario Imhof	Marco Pfister
Mess Barry	Daniel Imthurn	Halua Pinto de Magalhães
Sabine Baumgartner	Ueli Jaisli	Pascal Rub
Henri-Charles Beuchat	Roland Jakob	Kurt Rüeegsegger
Manfred Blaser	Bettina Jans-Troxler	Sandra Ryser
Regula Bühlmann	Stefan Jordi	Leena Schmitter
Yasemin Cevik	Dannie Jost	Martin Schneider
Rithy Chheng	Nadja Kehrli-Feldmann	Lena Sorg
Michael Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	David Stampfli
Bernhard Eicher	Daniel Klausner	Michael Steiner
Alexander Feuz	Philip Kohli	Matthias Stürmer
Claudio Fischer	Fuat Köçer	Bettina Stüssi
Benno Frauchiger	Michael Köppli	Michael Sutter
Rudolf Friedli	Martin Krebs	Luzius Theiler
Jacqueline Gafner Wasem	Marieke Kruit	Regula Tschanz
Simon Glauser	Annette Lehmann	Gisela Vollmer
Thomas Göttin	Daniela Lutz-Beck	Johannes Wartenweiler
Hans Ulrich Gränicher	Martin Mäder	Janine Wicki
Claude Grosjean	Peter Marbet	Manuel C. Widmer
Franziska Grossenbacher	Lukas Meier	Patrik Wyss
Lukas Gutzwiller	Melanie Mettler	Rolf Zbinden

Entschuldigt

Nathalie D'Addezio	Christine Michel	Hasim Sönmez
Peter Erni	Judith Renner-Bach	Christoph Zimmerli
Hans Kupferschmid		

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Alexandre Schmidt FPI	Franziska Teuscher BSS
Reto Nause SUE		

Entschuldigt

Ursula Wyss TVS

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär	Nik Schnyder, Ratsweibel
Barbara Waelti, Protokoll	Susy Wachter, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden sich im [Anhang](#).

Mitteilungen der Präsidentin

Vorsitzende *Tania Espinoza Haller*: Christoph Zimmerli ist für die heutige Sitzung entschuldigt, weil er sich am Montag notfallmässig einer Blinddarmoperation unterziehen musste und momentan im Spital weilt, wir wünschen ihm gute Genesung.

Auch Gemeinderätin Ursula Wyss musste sich krankheitshalber entschuldigen. Sie wird von ihrer Gemeinderatskollegin und den Gemeinderatskollegen vertreten.

Ich lese das Rücktrittsschreiben von Sabine Baumgartner vor: „Ich kann mich noch gut an den Moment erinnern, als ich von meinem wahrscheinlichen Nachrücken in den Berner Stadtrat erfuhr. Es war mitten in der Wahnacht 2012 – ich wurde von meiner damals dreimonatigen Erstgeborenen geweckt. Überraschung mischte sich mit Freude und mit Respekt vor der kommenden Herausforderung. Zum Glück habe ich diese angenommen! In der Zeit als Stadträtin konnte ich viel lernen und dadurch meinen Horizont erweitern. Die mannigfaltige Arbeit als Mitglied des Stadtrats – das Verstehen lernen der Abläufe in der Stadtpolitik, das Einarbeiten in neue Themenbereiche, das Verfassen von Vorstössen sowie das Halten von Voten – habe ich immer als sehr interessant, vielseitig und bereichernd empfunden. Heute ist meine zweite Tochter im selben Alter wie meine erste damals und ich habe mich zum Rücktritt aus dem Stadtrat entschieden. Dieser Entscheid fiel mir nicht leicht, denn die Arbeit hat mir Spass gemacht. Ich bin fast versucht zu sagen, ich war zur falschen Zeit am richtigen Ort. Die verschiedenen Rollen als Mutter zweier noch sehr kleiner Kinder, als berufstätige Frau mit interessantem Job, als Stadträtin sowie – zu seltenen Gelegenheiten – als Privatperson unter einen Hut zu bringen, bedeutet eine riesige Herausforderung. Die richtige Balance zu finden, ist schwierig.

In meiner Zeit im Rathaus habe ich – vor allem dank Ihrem Engagement – Respekt und Hochachtung vor unserer Arbeit gewonnen. Alle in diesem Saal setzen sich auf ihre Art und mit ihren Überzeugungen für unsere Stadt ein, dies gilt es zu würdigen. Trotz unterschiedlicher Haltungen und zum Teil heftigen Grabenkämpfen war ich positiv überrascht von der guten Zusammenarbeit und dem herzlichen Miteinander über die Parteigrenzen hinweg. Beides ist ein wichtiges Signal, auch gegen aussen. Die oberen Ränge in diesem Saal sind selten gefüllt und das Echo, das unsere zeitaufwändige und kraftraubende Arbeit schliesslich in der Öffentlichkeit erfährt, ist gering. Selbstinszenierung mittels Gehässigkeiten, Anfeindungen und aggressive Angriffe unter der Gürtellinie schaden dem Ansehen dieser Institution und mindern die Glaubwürdigkeit unserer Arbeit. Das ist schade.

Ich durfte die politische Arbeit auf lokaler Ebene aus verschiedenen Blickwinkeln kennenlernen: Erst als Geschäftsführerin des Grünen Bündnisses, danach als Stadträtin und nun wieder als aussenstehende, politisch interessierte und engagierte Direktbetroffene. Ich erhoffe mir weiterhin eine Stadt Bern, die Lebensqualität und bezahlbaren Wohnraum für alle Bewohnerinnen und Bewohner, qualitativ gute und erschwingliche Kita-Betreuung für alle Familien und als Arbeitgeberin Anstellungsbedingungen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, bietet. Ich danke Ihnen für Ihr Wirken in diesem Sinne.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen der Fraktion GB/JA! für den immerwährenden Einsatz und den herzlichen und familiären Umgang miteinander danken. Es hat Spass gemacht, mit Ihnen zu arbeiten! Ebenso gebührt den Mitgliedern des Ratsbüros, dem ich für kurze Zeit angehören durfte, sowie allen Mitarbeitenden des Ratssekretariats grosser Dank für die wertvolle Arbeit. Und nicht zuletzt ein grosses Merci an alle Ratsmitglieder für die gute Zeit. Auf Wiedersehen!“

Danke Sabine Baumgartner. Es war sehr spannend mit Ihnen im Ratsbüro zu arbeiten. Ich bedaure Ihren Rücktritt. Es ist schade, dass viele Familienfrauen aus dem Rat austreten, denn es tut dem Parlament gut, diesen Blickwinkel nicht zu vergessen. Ich weiss, wovon Sie sprechen und kann Ihren Entscheid verstehen. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit und auch viel Freizeit, die Sie gemeinsam mit Ihrer Familie verbringen können. Ich denke, wir werden uns wieder sehen, denn Sie werden sich bestimmt weiterhin politisch engagieren. Wir wünschen Ihnen alles Gute! (*Applaus*)

Traktandenliste

Die Traktanden 12 und 13 werden gemeinsam behandelt.

Diskussion siehe Traktandum 13

2014.SR.000024

1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 19 vom 16.10.2014)

Der Stadtrat genehmigt Protokoll Nr. 19 vom 16. Oktober 2014.

2013.GR.000313

2 Ersatzwahl in Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl

Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl

Herr Hans Kupferschmid ist auf den 31. Juli 2014 als Mitglied der Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis am 31. Juli 2017, gewählt: Herr Thomas Begert (BDP), 1977, Bottigenstrasse 172G, 3019 Bern.

Gemäss Artikel 25 Absatz 2 des Reglements vom 30. März 2006 über das Schulwesen (Schulreglement; SR) sollen die zur Wahl in die Schulkommissionen der einzelnen Schulkreise vorgeschlagenen in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnen. Herr Begert wohnt nicht im Schulkreis Mattenhof-Weissenbühl.

Bern, 19. November 2014

Beschluss

Der Stadtrat wählt als neues Mitglied der Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis am 31. Juli 2017, Herrn Thomas Begert (BDP), 1977, Bottigenstrasse 172G, 3019 Bern.

2014.SR.000309

3 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Aufnahme von neuen Quartiervereinen in die anerkannten Quartierorganisationen: Wie wird dies in den einzelnen Quartieren in der Praxis gehandhabt?

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Leider ist die IG Elfenau in der Liste der von den anerkannten Quartierorganisationen gemeldeten Quartiervereine nicht verzeichnet. Als Mitglied der QUAV 4 bin ich der Meinung, die IG Elfenau sei bereits im Jahr 1998 oder 1999 aufgenommen worden. Wir haben meine Anfrage eingereicht, weil die Aufnahme des Bürgerlichen Bern Nord gefährdet war. Es gilt, Kriterien anzuwenden, nach denen entschieden wird, welche Organisationen grosse und bedeutende Quartiervereine sind, und welche als Gruppierungen von Anwohnenden anzusehen sind, wie beispielsweise Immergrün im Stadtteil 3, die offenbar aus drei Personen besteht oder wie die IG Verkehrsberuhigung Egghölzli, die ebenfalls nur drei Mitglieder hat, soweit ich informiert bin.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2014.SR.000324

4 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Beitrag an Stadtfest und Beschaffungsrecht

Bernhard Eicher (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Eine Frage bleibt unbeantwortet, nämlich jene betreffend die Transaktion der Stadt Bern zuhanden des Trägervereins. In der Antwort wird ausgeführt, dass die Beiträge der öffentlichen Hand an den Trägerverein nicht dem öffentlichen Beschaffungsrecht unterliegen. Eine Begründung fehlt leider. Es wäre interessant zu erfahren, warum der Gemeinderat dieser Meinung ist.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2014.SR.000311

5 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Nutzung der Feuerwehrkaserne als provisorische Asylunterkunft: Zonenkonformität? Können Rechtsmittel ergriffen werden?

Alexander Feuz (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Aus rechtlicher Sicht teile ich die Meinung des Gemeinderats nicht. Ich denke, die Frage der Zonenkonformität ist durchaus relevant. Sie kennen das Sprichwort: Zwei Juristen – drei Meinungen. Einer Partei, die erwägt, Einsprache einzulegen, sei empfohlen, die Frage der Zonenkonformität aufzuwerfen. Der Standort, an dem die Asylunterkunft untergebracht werden soll, ist äusserst unglücklich, zumal er inmitten eines Wohnquartiers und in unmittelbarer Nähe von Schulen liegt. Ich bin froh, dass nunmehr bekannt ist, wann die Publikation der Baueingabe stattfindet, damit man sich dagegen wehren kann und nicht die gleichen Probleme wie andernorts entstehen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2014.SR.000312

6 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Nutzung der Feuerwehrekaserne als provisorische Asylunterkunft: Kostenfolgen für den städtischen Steuerzahler?

Alexander Feuz (SVP): Bei dieser Anfrage geht es um die Kostenfolgen. Der Gemeinderat vertritt die Ansicht, die Zwischennutzung der Feuerwehrekaserne habe, ausser den Aufwänden für bauliche Massnahmen, keine Mehrkosten zur Folge. Daran zweifle ich gewaltig. Neulich war in der Weltwoche zu lesen, welche Kostenfolgen eine Asylunterkunft für die Gemeinde Aarburg verursachte, dazu das Stichwort Integrationshilfe. Wir sind gespannt, wie sich die Dinge entwickeln. Wir werden auf die Kostenfolgen ein wachsames Auge halten.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2014.SR.000323

7 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Videoreglement: Umsetzungsstand Projekte

Bernhard Eicher (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Der Stadtrat hat ein Reglement verabschiedet, das noch nicht in Kraft getreten ist. Ich gehe davon aus, dass es Aufgabe des Gemeinderats ist, das Reglement in Kraft zu setzen. Es wäre interessant, zu erfahren, wann das städtische Videoreglement in Kraft tritt. Dass das Parlament über ein Reglement diskutiert, macht ja keinen Sinn, wenn es gar nicht in Kraft gesetzt wird.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2014.SR.000310

8 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Abklärungen für eine bessere Erschliessung des Dalmazi, der Matte und des Altenbergquartiers!

Alexander Feuz (SVP): Unser Anliegen ist die Verbesserung der Erschliessung des Dalmazi, der Matte und des Altenbergquartiers. In seiner Antwort vertröstet uns der Gemeinderat auf einen Zeitpunkt im Herbst 2015, wenn die Planung des Gaswerkareals vorliege. Bis dahin dauert uns zu lange. Man muss jetzt prüfen, wie die Anbindung der betreffenden Quartiere verbessert werden kann. Je nachdem, wo die Überbauung entstehen wird, besteht eine andere Ausgangslage. Die aktuelle Situation rechtfertigt eine sofortige Überprüfung. Es braucht eine verbesserte Erschliessung, die besonders zu Abend- und Nachtzeiten absolut unzureichend ist – man denke auch an die älteren Bewohnerinnen und Bewohner. Die Marzilibahn

bietet keine ideale Lösung. Die Quartiere an der Aare brauchen eine bessere Anbindung und gute Zugangswege.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2013.PRD.000058

9 Überbauungsordnung Insel Areal III (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat beschliesst die Vorlage Überbauungsordnung Insel Areal III.
2. Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit .. Ja- gegen .. Nein-Stimmen bei .. Enthaltungen den folgenden Beschluss zur Annahme:
Die Stadt Bern erlässt die Überbauungsordnung Insel Areal III mit zugehörigen Vorschriften (Plan Nr. 1344/10 vom 25. September 2014).
3. Der Stadtrat bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.
Bern, 15. Oktober 2014

Anträge zur Abstimmungsbotschaft

Antrag PVS zu Seite 5, rechte Spalte, letzter Abschnitt

Die Überbauungsordnung sieht vor, den Fuss- und Veloverkehr auf dem Areal **weitgehend** vom motorisierten Individualverkehr zu entflechten.

Antrag PVS zu Seite 10, Lead, 2. Satz

Die Verkehrswege werden vereinfacht und der Langsamverkehr wird **weitgehend** vom motorisierten Verkehr entflochten.

Antrag PVS zu Seite 10, linke Spalte, 1. Satz

Das Erschliessungskonzept sieht vor, die Verkehrsströme des Fuss- und Veloverkehrs künftig **weitgehend** vom motorisierten Individualverkehr zu entflechten.

Minderheitsantrag PVS zu Seite 10, linke Spalte, 2. Abschnitt (zurückgezogen)

(...) bereits die gebührenpflichtigen Parkplätze entlang der Freiburgstrasse aufgehoben. **Die oberirdisch aufgehobenen Parkplätze werden unterirdisch kompensiert.**

Antrag Theiler zu Seite 15, in einem Kasten sind aufzuführen

- a. Die im Bauinventar inventarisierten Bauten, die gemäss Überbauungsordnung nicht abgebrochen werden dürfen.
- b. Die im Bauinventar inventarisierten Bauten, die gemäss Überbauungsordnung abgebrochen werden können.

Antrag Theiler zu Seiten 16/17

Der Plan ist so darzustellen, dass die Beschriftungen gut lesbar sind.

PVS-Referent *Daniel Imthurn* (GLP): Die drei Anträge der PVS sehen vor, die Aussagen zur Verkehrserschliessung in der Abstimmungsbotschaft durch das Wort „weitgehend“ zu ergänzen. Diese Ergänzung ist angezeigt, weil es keine vollständige Entflechtung des Fuss- und

Veloverkehrs vom motorisierten Individualverkehr geben wird. Die Kommission hat auch über den Minderheitsantrag der PVS diskutiert, der verlangt, dass für die oberirdisch aufgehobenen Parkplätze zwingend ein Ersatz in Form unterirdischer Parkplätze geschaffen werden muss. Die Parkplätze auf dem Inselspital werden aufgrund des Mobilitätskonzepts geplant. Zurzeit steht noch nicht fest, wie viele Parkplätze erstellt werden. Die PVS hat diesen Antrag abgelehnt. Die Anträge von Luzius Theiler lagen zum Zeitpunkt unserer Beratung nicht vor.

Für die Kommissionsminderheit PVS *Alexander Feuz* (SVP): Da der Stadtrat im Zuge der Beratung zur Überbauungsordnung (UeO) Insel Areal III den Antrag auf unterirdischen Ersatz für die oberirdisch aufgehobenen Parkplätze ablehnte, **ziehen wir diesen Antrag zurück**. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können selber entscheiden, welche Konsequenzen sie aus der Aufhebung der Parkplätze ziehen.

Luzius Theiler (GPB-DA): Dass ein Plan mit lesbarer Beschriftung und Legende in der Abstimmungsbotschaft abgebildet wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Der andere Antrag verlangt, die Botschaft um einen Textkasten zu ergänzen, der aufzeigt, welche Gebäude gemäss der aktuellen UeO geschützt beziehungsweise schützenswert oder erhaltenswert sind, und welche Bauten abgerissen werden. Im Raumplanungsbericht des Stadtplanungsamts sind diese Informationen zu finden. Es gibt Pläne, auf denen man sieht, welche der inventarisierten Bauten abgebrochen werden. Man muss klar erkennen, was an schützenswerten und erhaltenswerten Gebäuden am Ende noch übrig bleibt. Bleibt zu hoffen, dass man Gebäude, die verschont bleiben, umfassend schützt. Es ist eine Auflistung aller inventarisierten Bauten in Form eines Kastens in die Abstimmungsbotschaft aufzunehmen. Ich würde sogar vorschlagen, Planzeichnungen in die Abstimmungsbotschaft einzufügen, damit die Stimmbevölkerung die Konsequenzen der neuen UeO in Bezug auf die inventarisierten Gebäude deutlich erkennen kann. Dieser Aspekt wird in der Vorlage vernachlässigt. Die Auswirkungen sind beträchtlich, zumal ein wesentlicher Teil der geschützten Gebäude dem Abbruch anheimfallen soll, zum Beispiel das Friedbühl-Schulhaus mitsamt der Turnhalle. Nach kantonalem Baugesetz ist der Abbruch schützenswerter Gebäude verboten. Anhand der Abstimmungsbotschaft muss ersichtlich sein, welche Gebäude im Zuge der neuen Überbauung abgerissen werden, damit die Stimmbevölkerung die Konsequenzen ihres Entscheides in Bezug auf das historische Erbe der Bauten ermessen kann.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Unsere Fraktion steht der UeO Insel Areal kritisch gegenüber. Einige Fraktionsmitglieder stimmten dem Geschäft zu, andere enthielten sich oder lehnten die Vorlage ab. Dasselbe gilt auch in Bezug auf die Botschaft. Wir stehen hinter der Insel, zweifeln jedoch daran, dass das Inselspital seine Funktion als Zentrumsspital im Rahmen einer in solcher Form aufgegleisten Planung auch weiterhin erfüllen kann. Ein Teil unserer Fraktion hat da grosse Vorbehalte. Wir werden die Anträge zur Abstimmungsbotschaft ablehnen, mit Ausnahme des Antrags Theiler, der verlangt, dass ein gut lesbarer Plan in die Botschaft aufgenommen wird. Wir bedauern, dass der Stadtrat die Vorlage, trotz der unsererseits geäusserten Vorbehalte, angenommen hat. Wir sind keine „Parkplatzfraktion“, als welche der Stadtpräsident uns bei der Debatte zur UeO bezeichnete. Uns geht es um die Besucherinnen und Besucher und um die Patientinnen und Patienten. Dass die Fahrtenkontingente beibehalten werden und dass es für Mitarbeitende, Besuchende sowie Patientinnen und Patienten nicht genügend Parkplätze gibt, halten wir für einen grossen Fehler. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass das Ratsbüro die Argumente der Ratsminderheit angemessen gewichtet.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Wir sagten schon am 27. November 2014, dass die Traktandierung relativ ungünstig war. Es ist nicht angebracht, die Beratung über ein derart wichtiges und teures Geschäft so anzusetzen, dass sie nicht innerhalb der regulären Sitzungszeit abgeschlossen werden kann. Der Zeitdruck hatte zur Folge, dass gewisse Wortmeldungen sehr kurz ausfallen mussten. Die FDP steht hinter dem Projekt Inselareal, leider sind unsere Anliegen in der Abstimmung unterlegen. Das ist jedoch nicht der Grund, warum ein paar Leute unserer Fraktion die Vorlage ablehnten. Sie stimmten gegen die UeO, weil sie mit dem Prozess nicht einverstanden waren. Es ist legitim, bei derart grossen Geschäften Änderungsvorschläge einzubringen. Unsere Fraktion hat ihre Anliegen nicht erst kurzfristig vor der Sitzung, aus der Hüfte geschossen, eingebracht. Man muss seine Anliegen rechtzeitig einbringen, damit sie im Vorfeld diskutiert werden können. Man gibt damit der Eigentümerschaft und der Bauherrschaft die Möglichkeit, sich dazu zu äussern. Um diese Vorgehensweise geht es uns. Wir stehen hinter dem Projekt und hinter der Abstimmungsbotschaft. Wir glauben nicht, dass sie besser wird, wenn man das Wort „weitgehend“ ergänzt. Die Vorlage sieht eine grösstmögliche Entflechtung des Verkehrs vor. Wenn wir alle Möglichkeiten und alle möglichen Konjunktive in die Abstimmungsbotschaft einflechten, wird sie unlesbar. Bitte verzichten Sie darauf. Den Anträgen von Luzius Theiler stimmen wir zu. Wir haben nichts zu verstecken. Wir trauen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine eigenständige Entscheidung zu, ob sie mit dem Abbruch der erhaltenswerten Objekte einverstanden ist.

Michael Sutter (SP) für die SP-Fraktion: Es muss sich um eine Art Dialektik der dritten Stufe handeln, wenn man einerseits hinter der UeO steht, andererseits dagegen abstimmt. Wir werden den Anträgen der PVS und dem Antrag von Luzius Theiler zugunsten eines lesbaren Plans zustimmen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Auf Pascal Rubs Einwände ist zu erwidern, dass wir zu den anlässlich der letzten Sitzung behandelten Anträgen zuvor Rücksprache mit der Insel nehmen konnten. Alle Anträge, inklusive dem, der erst am Vorabend einging, wurden vorgängig mit der Insel besprochen. Einen Antrag, den die Insel als nicht nachvollziehbar respektive nicht umsetzbar bezeichnet hätte, würden wir nicht annehmen. Wir nahmen keine Anträge entgegen, die nicht im Vorfeld mit der Bauherrschaft abgesprochen waren.

Zu den Anträgen zur Abstimmungsbotschaft: Es ist Ihre Entscheidung, ob Sie den Anträgen der PVS folgen. Zum Antrag der Kommissionsminderheit hätte ich die Ablehnung empfohlen. Es ist ohnehin geplant, nach Möglichkeit alle Parkplätze unterirdisch anzulegen. Im Umfeld eines Spitals, welches in seinem Ambulatorium über 40'000 Patientinnen und Patienten pro Jahr behandelt, braucht es selbstverständlich auch oberirdische Parkplätze. Die Anträge von Luzius Theiler können wir nachvollziehen. Es liegt auf der Hand, dass ein lesbarer Plan in die Abstimmungsbotschaft gehört. Wenn Sie einverstanden sind, werden wir mit dem Ratsbüro einen Kasten ausarbeiten, in dem einer Auflistung der schützenswerten und erhaltenswerten Gebäude nach aktuellem Bauinventar eine Liste derjenigen Bauten, welche als schützenswerte Objekte in die neue UeO aufgenommen werden, gegenübergestellt wird. Es stimmt, das Friedbühl-Schulhaus und die Turnhalle gehören nicht dazu. Wir unterstützen die volle Transparenz. Wir werden die entsprechende Liste mit dem Ratsbüro und dem Ratssekretariat ausarbeiten. Ich bitte Sie um Zustimmung zur bereinigten Abstimmungsbotschaft.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag PVS zu Seite 5, rechte Spalte zu (56 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 002*

2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag PVS zu Seite 10, Lead zu (53 Ja, 8 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 003*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag PVS zu Seite 10, linke Spalte zu (52 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 004*
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Theiler zu Seite 15 zu (58 Ja, 4 Nein). *Abst.Nr. 006*
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Theiler zu Seiten 16/17 zu (62 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 007*
6. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Abstimmungsbotschaft zu (59 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 008*

2013.FPI.000050

10 Inbetriebnahme eines zweiten Rechenzentrums in einer Colocation (Housing); Investitions- und Verpflichtungskredit

Gemeinderatsantrag

1. Das Projekt Aufbau eines zweiten Rechenzentrums in einer Colocation (Housing); Investitions- und Verpflichtungskredit wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit von Fr. 560 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung der Informatikdienste bewilligt (Hilfskostenstelle P650221).
3. Für den Betrieb eines zweiten Rechenzentrums als Housing mit einer Laufzeit von fünf Jahren (2015-2020) genehmigt der Stadtrat einen Verpflichtungskredit von Fr. 1 557 200.00, wobei die jährlichen Kosten zulasten der Erfolgsrechnung der Informatikdienste gehen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Dieser Beschluss unterliegt der fakultativen Volksabstimmung nach Artikel 51 Absatz 3 der Gemeindeordnung.

Bern, 13. August 2014

FSU-Referent *Halua Pinto de Magalhães* (SP): Die Informatikdienste beschäftigen sich seit nahezu fünf Jahren mit der Zukunft des städtischen Rechenzentrums (RZ). Der Gemeinderat hatte bereits im Juni 2010 entschieden, ein Notfall-RZ für den Katastrophenfall einzurichten. Im September 2011 folgte der gemeinderätliche Entscheid, das Beer-Haus an der Bümplizstrasse 45 als Verwaltungsgebäude umzunutzen und dort neu die Informatikdienste unterzubringen. Man hatte im Vorfeld des Entscheids einerseits den Bau eines neuen RZ im Rahmen eines geplanten Bauprojekts der Stadt Bern oder in einem bestehenden Gebäude der Stadt beziehungsweise in einer anderen der Stadt nahestehenden Institution, andererseits eine Housing- oder Colocation-Lösung als Varianten geprüft. Die Informatikdienste kamen zum Schluss, das Hauptrechenzentrum sei als Eigenbau und das Notfall-RZ sei über eine Housing-Lösung zu realisieren, worauf der Gemeinderat dem Stadtrat einen Baukredit von rund fünf Mio. Franken für den Grundausbau eines RZ im Beer-Haus vorlegte. Mit der Bewilligung des Baukredits am 29. November 2012 fällte der Stadtrat nach einer kontroversen Debatte den Grundsatzentscheid zugunsten dieser Strategie. Darauf wurde im Juni des vergangenen Jahres ein Investitionskredit von 4,51 Mio. Franken für die neue Informatik-Infrastruktur im Beer-Haus und den Ersatz von System- und Netzwerk-Komponenten gesprochen.

Heute stehen die Kredite für die Inbetriebnahme eines zweiten städtischen RZ, das ursprünglich als Notfall-RZ bezeichnet wurde, zur Debatte. Die Kreditsumme beläuft sich auf insgesamt 2,12 Mio. Franken. Darin enthalten sind 560'00 Franken für den Investitionskredit, der die einmaligen Kosten für die Projektierung und die Netzwerk-Anbindung deckt, sowie 1,557 Mio. Franken für den Ausführungskredit, was den Kosten der Einmietung bei einer Housing-

Anbieterin, inklusive Nebenkosten, entspricht. Die genaue Kostenaufteilung wird auf den Seiten 9 und 10 im Vortrag des Gemeinderates aufgezeigt. Durch die Umsetzung des Housings in Form einer Private Suite mietet die Stadt Bern sich in separate Räumlichkeiten eines spezialisierten Dienstleistungsunternehmens ein. Dieser Bereich ist ausschliesslich für die Informatik der Stadt Bern bestimmt, für Dritte besteht keine Zugangsmöglichkeit. In den gemieteten Räumen werden stadteneigene technische Informatik-Komponenten durch die Informatikdienste betrieben. Die Anbieterin sorgt für eine sichere Stromversorgung, eine ausreichende Kühlung und die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen.

Die Notwendigkeit eines zweites Rechenzentrums beziehungsweise eines Notfall-RZ wird im Vortrag des Gemeinderats ausführlich dargelegt. Ein Katastrophenfall hätte einen Totalausfall der gesamten Informatik-Infrastruktur zur Folge, deren Wiederherstellung über mehrere Monate andauern würde. Dies ginge mit einem Datenverlust und einer Dauer von bis zu einem Monat einher. Das Risiko eines Katastrophenszenarios ist nicht unerheblich, wie einige Beispiele aus der Vergangenheit veranschaulichen. Der Betrieb ohne ein Notfall-RZ ist nicht mehr verantwortbar. Die Ausgaben für ein zweites städtisches RZ sind als Versicherungsprämie gegen den Ausfall des wichtigsten Arbeitsinstrumentes der Stadtverwaltung zu betrachten.

Der Zeitplan sieht eine Inbetriebnahme des zweiten RZ im ersten Halbjahr 2015 vor. Bei der Konzipierung des zweiten RZ stand die Variante eines reinen Notfall-RZ, das nur im Notfall hochgefahren würde, der Variante eines virtuellen Verbundes zweier gleichwertiger RZ und einer Zwischenvariante gegenüber. Die Vorteile liegen deutlich bei der vollredundanten Lösung, wo beide RZ als logische Einheit funktionieren. Demnach wurde die sogenannte Aktiv-Aktiv-Lösung mithilfe eines Projektierungskredits des Gemeinderats in der Höhe von 150'000 Franken ausgearbeitet und öffentlich ausgeschrieben. Als Siegerin des Submissionsverfahrens ging die Firma NTS Workspace hervor, die in drei Kilometern Entfernung vom Beer-Haus einen geeigneten Standort betreibt. Die Vorgaben der Submission bestehen in der Verfügbarkeit von 50 bis 80 kW Nettoleistung während der nächsten fünf Jahre und in der Netzwerkerschliessung zwischen den beiden RZ und dem Hauptnetzwerkknoten an der Schwanengasse. Da sachdienliche Überlegungen zur Zielarchitektur der RZ bereits bei der Planung Beer-Haus einbezogen wurden, können die redundanten Informatik-Komponenten des ersten RZ nunmehr im Rahmen der Colocation verwendet werden, wodurch die Redundanz auch räumlich getrennt wird. Zusätzlich lagern im Beer-Haus noch alte Server aus dem ehemaligen RZ an der Schwanengasse, die voll einsatzfähig sind und ebenfalls wiederverwendet werden. Daraus resultieren Neuanschaffungen im Wert von „lediglich“ 0,6 Mio. Franken, was eine kosteneffiziente Umsetzung der Gesamtplanung erlaubt.

Abschliessend ist festzuhalten, dass eine ausreichende System- und Datensicherheit nur mittels eines zweiten RZ zu gewährleisten ist. In Anbetracht des hohen Stellenwerts der Informatik als Arbeitsinstrument der Stadtverwaltung und der künftigen technologischen Entwicklung wäre ein weiterer Betrieb der Informatik-Infrastruktur ohne Notfall-RZ als fahrlässig zu bezeichnen. Die FSU empfiehlt einstimmig die Annahme des vorliegenden Investitions- und Verpflichtungskredits.

Für die SP-Fraktion: Die SP-Fraktion stimmt der Kreditvorlage zu.

Fraktionserklärungen

Matthias Stürmer (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Es ist soweit: Die Kreditvorlage für das Notfall-RZ liegt vor. Sie können sich vielleicht noch an die hitzige Debatte erinnern, die wir vor zwei Jahren zum RZ führten. Nun liegt vor uns der Tatbeweis, dass wir damals an der Nase herumgeführt wurden. Ich schicke voraus, dass ich mit der gewählten Vorgehensweise, nämlich einer öffentlichen Ausschreibung und der Wahl einer Anbieterin für die Colocation

usw., grundsätzlich einverstanden bin, weil diese aus der Perspektive der Sicherheit sinnvoll ist und unbestritten dem „State of the Art“ entspricht. Unsere Fraktion wird der Kreditvorlage zustimmen.

An dieser Stelle ist es angebracht, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Man halte sich folgende Fakten vor Augen: In der Vorlage zum Beer-Haus legten die Informatikdienste respektive der Gemeinderat uns eine zusammengebastelte Statistik vor, in der man von einem Szenario mit 150 kW Leistungsanforderung über den Zeitraum von einem bis zu fünf Jahren ausging. Für die Jahre sechs bis zehn ging man gar von einer Leistung bis zu 300 kW aus. Mit der heutigen Vorlage legt man uns eine ebenbürtige Lösung für ein mit dem Hauptrechenzentrum komplett austauschbares zweites RZ vor. Für die nächsten fünf Jahre geht man von einer Leistung von 50 bis maximal 70 kW aus, was einem rund sechsmal kleineren Faktor als ursprünglich angenommen entspricht. Anlässlich der Diskussion in der FSU räumte die Verwaltung ein, man habe die Leistungsanforderungen vor zwei Jahren etwas überschätzt, was eine sehr zurückhaltende Formulierung ist. Wir haben seinerzeit schon kritisiert, die betreffenden Werte seien illusorisch. Darin liegt der Kernpunkt, welcher seit jeher gegen den Bau eines RZ im Beer-Haus gesprochen hat: Mit dem ersten RZ verfügen wir über ein grosses „Rechenzimmer“ – diese Bezeichnung trifft eher zu als „Rechenzentrum“. Dabei handelt es sich um einen grossen und geräumigen Raum, in dem seltsamerweise nur ein Bruchteil des vorhandenen Platzangebots für die Server genutzt wird. Das wird sich in den nächsten fünf Jahren nicht wesentlich ändern. Man hat uns vor zwei Jahren vollkommen utopische Zahlen vorgelegt. Nur deshalb war das Szenario, ein stadt eigenes RZ zu bauen und es nicht damals schon auszulagern, überhaupt erträglich. Hätte man vor zwei Jahren mit den aktuellen Zahlen gerechnet, wäre der Beweis vorgelegen, dass eine Colocation nur ungefähr halb so viel kosten würde. Wir müssen in den kommenden Jahren hunderttausende Franken für den Betrieb des stadt eigenen RZ aufbringen. Diese Mittel sind verloren, sie wären anderswo viel sinnvoller investiert. Die jetzige Ausschreibung zeigt, dass im Raum Bern sehr valable Player existieren. Es gingen Offerten von verschiedenen Firmen ein, anstatt nur eine Anbieterin hätte man auch zwei verschiedene wählen können, beispielsweise die NTS Workplace AG mit der Swisscom beziehungsweise der Bedag AG oder T-Systems usw., um die Risiken besser auszugleichen. Hätte die Stadt von solchen Angeboten schon früher Gebrauch gemacht, wären uns hohe Infrastrukturkosten erspart geblieben. Aber wir müssen mit der vorgegebenen Lösung leben. Sie ist immer noch besser als eine Lösung, die den Bau eines zweiten stadt internen RZ vorsähe. Zwei interne RZ wären der Worst Case. Immerhin soll es nunmehr ein internes und ein externes RZ geben – leider zu einem sehr hohen Preis, das ist äusserst bedauerlich.

Dannie Jost (FDP) für die FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion stimmt der Kreditvorlage zu. Die wesentlichen Informationen legte der FSU-Sprecher bereits dar, sie sind auch im Vortrag des Gemeinderats nachzulesen. Für uns ist wichtig, dass die Datensicherheit und der Datenschutz gewährleistet sind, deshalb braucht es unbedingt eine Lösung. Ich habe, im Gegensatz zu meinem Vorredner, keine fachmännische Analyse des Projekts vorgenommen. Wir werden im Auge behalten, dass die Kosten sich in Grenzen halten.

Peter Ammann (GLP) für die GLP-Fraktion: Ich kann nicht ganz nachvollziehen, weshalb Matthias Stürmer der Meinung ist, man habe uns an der Nase herumgeführt. Es mag sein, dass es mir an den nötigen Detailkenntnissen fehlt, ich kann die Sache nicht als Fachmann beurteilen. Folgende Punkte aus den Kommissionsverhandlungen sind in Bezug auf die Geschichte des städtischen RZ hervorzuheben, die bisher in drei Etappen verlief: In der ersten gab es die Gesamterneuerung der Schwanengasse 14, im zweiten Schritt wurde ein Kredit von zehn Mio. Franken für den Ausbau des Beer-Hauses gesprochen. Dem folgte drittens ein

Investitionskredit von 4,5 Mio. Franken für die Informatik-Infrastruktur, als Voraussetzung für das neu zu errichtende, erste stadteigene RZ im Beer-Haus. Zum Abschluss folgt in der vierten Etappe das zweite, sogenannte Notfall-RZ, das es zur Ergänzung braucht. Dafür war seit jeher eine externe Housing-Lösung vorgesehen. Die FSU diskutierte im Rahmen mehrerer Sitzungen über die Frage nach der besten Lösung. Die Lösung, dass die Stadt ein eigenes erstes RZ betreibt, dem im zweiten Schritt eine externe Lösung folgt, wurde von Anfang an als beste Option präsentiert, die auch erlaubt, Erfahrungen zu sammeln. Vor diesem Hintergrund erscheint der vorliegende Kreditantrag absolut schlüssig. Ohne IT geht heutzutage gar nichts mehr – daher ist es richtig, dass die Stadt in die Informatik investiert und ihr System à jour hält. Die GLP-Fraktion stimmt dem Investitions- und Verpflichtungskredit zu.

Roland Jakob (SVP) für die SVP-Fraktion: Ich kann mich den Worten meines Vorredners anschliessen. Die SVP-Fraktion stimmt dem Kredit zu. Wir hoffen, dass es niemals zu einem Systemabsturz mit damit verbundenem Datenverlust kommt und die getroffene Lösung optimal funktioniert.

Einzelvotum

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich verstehe Matthias Stürmers Freude über den Umstand, dass man für das zweite RZ genau die Lösung treffen will, die man vor zwei Jahren noch verwarf. Seine Frage, warum das erste Rechenzentrum nicht in externer Form realisiert wurde, wie er seit jeher vorgeschlagen hat, erscheint berechtigt. Ich betrachte die Sache aus einem anderen Blickwinkel: Damals wurde die externe Lösung der Auslagerung zu einer privaten Anbieterin mit dem Argument abgelehnt, dass derart sensible und geschützte Daten nicht in private Hände gelegt werden dürften und es eine kommunale Aufgabe sei, ein stadteigenes RZ zu bauen und zu betreiben. Von daher verstehe ich nicht, warum man für das zweite RZ jetzt doch eine Auslagerung vorsieht. Es gäbe Alternativen, beispielsweise indem Stadt und Kanton eine gemeinsame Lösung aufbauen oder indem man mit anderen Gemeinden eine Cloud gründet, deren Server nicht irgendwo in Amerika, sondern hier vor Ort wären. Auf diese Weise würden die öffentlichen Institutionen über eine eigenständige Lösung zur Datensicherung und Aufrechterhaltung des Betriebs im Notfall verfügen. Im Vortrag des Gemeinderats ist mit keinem Wort erwähnt, ob man dahingehende Möglichkeiten in Betracht zog. Man erörtert nur mehr oder weniger luxuriöse technische Möglichkeiten. Wie bei Informatikprojekten üblich, fällt die Wahl am Ende auf die luxuriöseste Lösung, die uns als einzige sichere Lösung verkauft wird. Da die meisten Mitglieder des Stadtrats nicht über fachmännisches Wissen wie Matthias Stürmer verfügen und weil wir einem Volk angehören, das am liebsten dreifach versichert ist, wird am Ende die teuerste Lösung gewählt. Ich kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Ich bitte den Gemeinderat um eine Antwort, warum man keine gemeinsame Lösung mit dem Kanton oder mit anderen Gemeinden in Betracht zieht.

Direktor FPI *Alexandre Schmidt*: Ich danke dem Kommissionssprecher für das gute Referat, dem ich Wort für Wort zustimmen kann. Ich verzichte darauf, die einleitenden Bemerkungen zu wiederholen und auf die unbestrittenen Punkte einzugehen. Hinsichtlich der Aspekte des Datenschutzes und der Datensicherheit verweise ich auf Seite 10 des Vortrags des Gemeinderats, wo die getroffenen Vorkehrungen in Sachen Sicherheit aufgelistet sind. Es besteht keinerlei Grund zur Besorgnis aufgrund der Sicherheitsvorkehrungen in der Private Suite. Dank einbruchsicherer Bauart, biometrischer Zugangskontrolle und Videoüberwachung ist es höchst unwahrscheinlich, dass etwas passiert. – Und sollte sich, wider aller Erwartungen, doch etwas ereignen, wären wir zeitgleich darüber informiert. Es besteht absolut kein Grund zur Sorge. Der Vorwurf, man habe das Parlament an der Nase herumgeführt, betrifft das vor-

liegende Geschäft in keiner Weise. Die Kritik geht auf ein Geschäft aus der letzten Legislatur zurück. Ich empfehle dem Kritiker, seinen Triumph nicht allzu früh auszurufen. Die Fakten sind erst bekannt, wenn die Rechnungen zum ersten und zweiten RZ vorliegen. Wer auf habenebüchene Weise irgendwelche Zahlen miteinander vergleicht, ohne jegliche Einsicht, dass dabei Äpfel mit Birnen verglichen werden, ist am Ende selbst schuld. Es bestehen grosse Unterschiede hinsichtlich der Leistung, des Energieverbrauchs und des Zeithorizonts sowie der effektiven Kosten – im Moment liegen nur die budgetierten Zahlen und noch keine Rechnungszahlen vor. Ob der beanspruchte Platz wirklich nur einen Teil des ursprünglich angenommenen Bedarfs ausmacht, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt darlegen, wenn wir die Kreditabrechnung erstellen, die vom Stadtrat genehmigt werden muss. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Kombination aus „Eigenbau“ des ersten RZ und Einmietung des zweiten RZ in Bezug auf Kostenoptimierung und Risikominimierung die optimale Lösung ist. Wer meint, mit einer externen Vergabe sei immer die günstigste Lösung gefunden, liegt vielleicht auf den ersten Blick richtig. Es gilt jedoch zu bedenken, dass von den Unternehmen, die sich für das zweite RZ beworben haben, in der Zwischenzeit eines bankrott ging. Die betroffenen Housing-Kunden sind nun auf sich selber gestellt und müssen zusehen, wie sie ihre Probleme lösen. Die Hotline der betreffenden Firma ist nicht mehr in Betrieb. In der Fachliteratur wird die Frage diskutiert, ob nicht zu viele Anbieterinnen von RZ existieren, es ist von einer Blase die Rede, bei der das Risiko gross sei, dass gewisse Firmen verschwinden oder aufgekauft und übernommen werden. Das zeigt, dass der Gemeinderat keine schlechte Strategie gewählt hat. In Bezug auf das vorliegende Geschäft besteht kein Anlass zur Sorge. Was die Kritik am ersten RZ anbelangt, sollte man sich zurückhalten und abwarten, wie die Rechnung aussieht. Erst dann können wir erklären, was gemacht worden ist und welche Unterschiede es zwischen dem ersten und dem zweiten RZ gibt. Äpfel und Birnen sind verschiedenartige Früchte – so verhält es sich auch in der Informatik, denn verschiedene Instrumente und unterschiedliche Geräte sind eben nicht identisch.

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich möchte den Gemeinderat an meine Frage erinnern, warum die Stadt Bern nicht nach einer gemeinsamen Lösung mit dem Kanton oder mit anderen Gemeinden gesucht hat.

Direktor FPI Alexandre Schmidt: Uns ist bekannt, dass beispielsweise die Gemeinden Köniz und Muri nach einem Zusammenarbeitsmodell vorgehen. Wir wissen, dass die Stadt Biel, als andere grosse Stadt im Kanton, über zwei stadteigene RZ verfügt. Wir wissen auch, dass der Kanton in Informatik-Belangen ziemlich mit sich selbst beschäftigt ist. Als wir uns auf die Suche nach einer Lösung machten, bot uns keine andere Gemeinde eine Zusammenarbeit an. Es ist nicht möglich, mit irgendeiner anderen Stadt zusammenarbeiten, denn je grösser die räumliche Distanz, desto teurer werden die Handhabung von und die Koordination zwischen zwei RZ. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und im Umfeld der öffentlichen Hand nach Zusammenarbeitsmöglichkeiten gesucht. Wir haben bewusst darauf verzichtet, ein zweites RZ aufzubauen und zu betreiben, um danach andere Gemeinden aus der Region einzuladen, sich zu beteiligen. Auf diese Weise hätten wir nicht nur Überkapazitäten geschaffen, sondern wir würden auch Gefahr laufen, uns selbst zu überfordern, indem wir nicht nur das erste RZ im Beer-Haus installieren, sondern auch ein zweites RZ bereitstellen und organisieren müssten, inklusive aller damit verbundenen Projekte. Wir verfügen nicht über endlose Kapazitäten, um x Varianten zu prüfen oder um Infrastrukturen auf Vorrat zu schaffen, in der Hoffnung, in der Folge würden sich Zusammenarbeiten mit anderen Gemeinden ergeben. Nachdem die Zeit der Insel- beziehungsweise Eigenlösungen in der Informatik vorbei ist, durchlaufen wir momentan eine Periode der Standardisierung. Im IT-Bereich bricht eine neue Epoche an, in der sich Zusammenarbeiten mit anderen Städten entwickeln, zum Beispiel beim

Klienteninformationssystem (KiSS) sowie im Rahmen anderer Projekte. Es stimmt, dass im Bereich der Zusammenarbeit unter der öffentlichen Hand Synergien bestehen. Wir sind bestrebt, diese nach Möglichkeit zu nutzen, indem wir auf gemeinsame Lösungen eingehen. Ihre Frage ist berechtigt und ich will nicht ausschliessen, dass im Lauf der kommenden Jahrzehnte zunehmend mehr gemeinsame Projekte zwischen verschiedenen Gemeinden entstehen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Investitionskredit Ziffer 2 des Gemeinderatsantrags zu (65 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 009*
2. Der Stadtrat stimmt dem Verpflichtungskredit Ziffer 3 des Gemeinderatsantrags zu (64 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 010*

2013.TVS.000123

11 Aare Elfenau; Ufersicherungsmassnahmen; Baukredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt das Geschäft Aare Elfenau: Ufersicherungsmassnahmen; Baukredit.
2. Für die Ausführung der Ufersicherungsmassnahmen wird ein Gesamtkredit von Fr. 550 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I5100350 (KST 510110), bewilligt. Allfällige Beiträge Dritter werden für Abschreibungszwecke verwendet
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.

Bern, 3. September 2014

PVS-Referent *Alexander Feuz* (SVP): Wir danken der Verwaltung, insbesondere Dina Brügger vom Tiefbauamt der Stadt Bern. Die PVS konnte sich vor Ort ein Bild von der Situation machen. Ich danke der Kommission, dass ich dieses Geschäft als Referent betreuen darf. Ich legte der PVS gegenüber offen dar, dass ich zuvor, in meiner Rolle als Mitglied der IG Elfenau, in einem Verfahren in Bezug auf die Ufersicherung eine Einsprache eingereicht hatte. Ich danke den Mitgliedern der PVS für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Die wesentlichen inhaltlichen Punkte sind im Vortrag des Gemeinderats nachzulesen. Im Folgenden will ich das Geschäft aus einem anderen Blickwinkel betrachten, dabei rücken in der PVS diskutierte Aspekte ins Zentrum: Zuerst sei festgehalten, worum es bei diesem Geschäft nicht geht, nämlich nicht um das grosse Vorhaben „aarewasser“, welches grosse Eingriffe im Bereich des Naturschutzgebiets Elfenau vorsieht. Beim vorliegenden Geschäft geht es um punktuelle Sicherungsmassnahmen am Aareufer in der Elfenau, um eine gefährdete Abwasserleitung zu sichern. Die Realisierung des Projekts „aarewasser“ wurde verschoben, sie soll frühestens 2018, möglicherweise später, stattfinden. Wenn man nichts unternimmt, läuft man Gefahr, dass die dortige Abwasserleitung unterspült wird. Diese Leitung gehört der Gemeinde Muri, aber die Stadt Bern ist durch Dienstbarkeiten verpflichtet, für den Bestand der Ufersicherung zu sorgen. Die bestehenden Betonelemente sind vom Aarewasser unterspült und stellenweise beschädigt worden. Vor allem bei Hochwasser besteht die Gefahr, dass die Leitung weggerissen wird. Das gilt besonders im Frühsommer, aber das wäre die falsche Saison, um bauliche Massnahmen zu treffen. Die Arbeiten zur baulichen Sicherung müssen jetzt vorgenommen werden. Meine Frage, ob es eine günstigere Variante gäbe, beispielsweise eine durchgehende Verbauungsmauer aus Beton, wurde verneint. Es existieren sehr rigide Vorschriften zum Ufergebiet im Bereich Elfenau, es gibt keine Ausnahmestimmungen. Die Sicherung wird mittels gebrochener Betonblöcke erstellt, die auch im Zuge der Realisierung

späterer Baumassnahmen verwendet werden können. Zur konkreten Umsetzung der Bauarbeiten wurde uns gesagt, man werde auf schwere Baugeräte verzichten und eine möglichst schonende Variante wählen. Es kommen keine schweren Lastwagen zum Einsatz, sondern nur Kleinlaster. Man wählt eine sehr vernünftige und wiederverwertbare Lösung. Wenn die Stadt nichts gegen die bestehenden Risiken unternimmt, geht sie zudem das Risiko ein, dass im Schadensfall Haftungsansprüche an sie gestellt würden. Diese Massnahme bedeutet kein Präjudiz im Hinblick auf die zukünftige Realisierung der Projekts aarewasser. Es geht um punktuelle bauliche Sicherungsmassnahmen, die mittelfristig erhalten bleiben und im Zuge des Unterhalts periodisch überprüft werden müssen. Es ist höchste Zeit, dass man etwas unternimmt. Ich konnte die Kommission von der Notwendigkeit überzeugen. Die PVS stimmte dem Baukredit einstimmig zu.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Baukredit zu (68 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 011*

- Traktanden 12 und 13 werden gemeinsam behandelt. -

2013.SR.000118

12 Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP (Stéphanie Penher, GB/Lukas Gutzwiler, GFL): Hallenbad Neufeld; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat GB/JA!, GFL/EVP (Stéphanie Penher, GB/Lukas Gutzwiler, GFL): Hallenbad Neufeld; Fristverlängerung
 2. Er stimmt der Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis Ende 2014 zu.
- Bern, 20. August 2014

Antrag GB/JA!

2. Er stimmt der Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis ~~Ende 2014~~ **30. Juni 2015** zu.

Diskussion siehe Traktandum 13

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats.
2. Der Antrag GB/JA! auf Fristverlängerung bis 30. Juni 2015 obsiegt in der Gegenüberstellung dem Antrag des Gemeinderats (61 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 012*
3. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2015 zu (61 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 013*

2013.SR.000187

13 Interfraktionelles Postulat GLP, BDP/CVP, SVPplus, FDP (Jürg Weder, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Ueli Jaisli, SVP/Bernhard Eicher, FDP): Hallenbad Mittelfeld; Fristverlängerung

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat GLP, BDP/CVP, SVPplus, FDP (Jürg Weder, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP/Ueli Jaisli, SVP/Bernhard Eicher, FDP): Hallenbad Mittelfeld; Fristverlängerung
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis Ende 2014 zu.
Bern, 11. Juni 2014

Bernhard Eicher (FDP) für die Postulantin Fraktion FDP: Wir fühlen uns in unserem Anliegen, dass Bern endlich ein Hallenbad baut, bestärkt. Uns liegt daran, dass innert möglichst kurzer Frist mit dem Bau begonnen wird. Schon im Rahmen einer Initiative äusserten wir die Befürchtung, die Realisierung könnte sich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verzögern. Dass der Gemeinderat zur Beantwortung des vorliegenden Postulats eine Fristverlängerung beantragt, deutet in diese Richtung. Inzwischen ist bekannt, dass der Baubeginn auf dem Viererfeld noch länger auf sich warten lässt. Hoffentlich kommt die Volksabstimmung bald, damit die Behörden unter einem gewissen Druck stehen, den Bau eines Hallenbads an die Hand zu nehmen.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Postulantin Fraktion BDP/CVP: Nach Absprache mit den anderen Postulantinnen, stelle ich den **Antrag**, dass auch für das interfraktionelle Postulat, Traktandum 13, eine Fristverlängerung bis 30. Juni 2015 gelten soll.

Ueli Jaisli (SVP) für die Postulantin Fraktion SVP: Wir sind mit der eben vorgeschlagenen Fristverlängerung einverstanden. Momentan wird intensiv daran gearbeitet, eine Lösung zu finden. Diese Bemühungen konzentrieren sich vor allem auf das Neufeld, wo es ein oder zwei als Standort für das Hallenbad in Frage kommende Areale gibt. Soweit ich informiert bin, sieht die Sache im Neufeld gut aus, so dass man den Zeitrahmen bis Mitte 2015 vielleicht nicht einmal ausschöpfen muss, um einen Standort zu finden. Falls nicht, ist der 30. Juni 2015 die Deadline.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Der Gemeinderat hat seine Berichte zu beiden Postulaten bereits vor drei oder vier Monaten geschrieben. Wir haben die Fristverlängerungen beantragt, weil die Behandlung im Stadtrat erst heute stattfinden kann. Ich kann Ihre Bedenken, das Thema Hallenbad werde auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, zerstreuen, denn ich arbeite mit voller Kraft daran. Es braucht seriöse Abklärungen, damit wir unsere Entscheide anhand fundierter Unterlagen treffen können. Ich bin guter Dinge, dass wir es schaffen, die Schwimmhalle zu bauen, entweder im Mittelfeld oder im Neufeld. Ich bin weiterhin auf Unterstützung von Ihrer Seite angewiesen, denn schliesslich braucht es für die Realisierung dieses Projekts eine Finanzierung. Hier werden die vereinten Kräfte gefordert sein, denn ganz billig wird die Schwimmhalle nicht. Mein nächstes Ziel ist es, dem Parlament die Vorlage zum Projektierungskredit für die Schwimmhalle im Jahr 2015 vorzulegen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats.

2. Der Antrag BDP/CVP auf Fristverlängerung bis 30. Juni 2015 obsiegt in der Gegenüberstellung dem Antrag des Gemeinderats (61 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 014*
3. Der Stadtrat stimmt der Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2015 zu (61 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 015*

2014.TVS.000116

14 GIS-Bern: Enterprise License Agreement; Verpflichtungskredit 2015-2019

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt für die Verlängerung des Enterprise License Agreement für das GIS-Bern einen Verpflichtungskredit zu Lasten der Erfolgsrechnung von Fr. 999 000.00 für die Laufzeit von 2015-2019.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 27. August 2014

Ergänzungsantrag Fraktionen GFL/EVP und FDP

2. **(neu)** Der Gemeinderat wird beauftragt, vor Ablauf der fünfjährigen Laufzeit eine öffentliche Ausschreibung für die nächste Periode durchzuführen, welche auf einem funktionalen, hersteller- und produktneutralen Pflichtenheft basiert.

Begründung: Nach zehn Jahren Laufzeit der GIS Software und den relativ hohen Aufwendungen für die Lizenzgebühren ist es sinnvoll, die GIS Software erneut auszuschreiben, um ein wirtschaftlicheres Angebot zu erhalten. Selbstverständlich müssen bei einem Preisvergleich alle Kosten betrachtet werden (allfälliger Systemwechsel mit Schulung, Erwerb der Software, Lizenzgebühren über rund fünf Jahre etc.).

PVS-Referent *Daniel Imthurn* (GLP): Es geht um einen Verpflichtungskredit für das geographische Informationssystem (GIS). Dabei handelt es sich um ein System, das Geo-Daten speichert, auf die die Stadtverwaltung zugreifen muss. Das GIS kommt zum Einsatz, wenn es um Strom- oder Abwasserleitungen, Gebäudeunterhalt sowie Vorhaben von Stadtgrün Bern geht. Dieses Geschäft kommt in Form eines gemeinderätlichen Vortrags im Umfang von zwei Seiten ziemlich locker daher. Es hat in der Kommission jedoch Bauchgrimmen verursacht – nicht, weil es materiell umstritten war, sondern vor allem der Fristen wegen.

Das Vorgängersystem wurde 1988 eingeführt. Nach 20 Betriebsjahren wurde ein Kredit zwecks Aufsetzung und Einführung eines neuen GIS-Systems im Umfang von 2,5 Mio. Franken gesprochen. Zum Zeitpunkt der Ausschreibung wurde ein fünfjähriger Lizenzvertrag abgeschlossen, der bald auslaufen wird. Bei der Verlängerung wird die Lizenz um fünf Jahre fortgesetzt, als Voraussetzung für den Betrieb des Systems. So weit die unproblematischen Aspekte. Probleme wirft vor allem die kurze Frist auf. Der Kredit umfasst neben Lizenzgebühren von 135'000 Franken auch zusätzliche Produkte. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf 199'800 Franken, was in fünf Jahren immerhin fast eine Million Franken ausmacht. Der Gemeinderat verabschiedete den Kreditantrag am 27. August 2014, anschliessend wurde er der PVS vorgelegt. Die Gültigkeit der neuen Lizenz beginnt am 1. Januar 2015. Es bleibt eine Frist von weniger als einem Monat. Die PVS musste feststellen, dass die parlamentarischen Instanzen vor vollendeten Tatsachen stehen: Wir haben keine Möglichkeit, eine Lizenz auszuwählen. Wir können der GIS-Kreditvorlage nur zustimmen. Wir müssen diese Lizenz lösen, weil ein neues System zuerst evaluiert und eingeführt werden müsste, was wiederum Kosten verursachen würde. Über einen solchen Sachzwang war die PVS nicht erfreut, entsprechend wurde auch Unmut geäussert. Wir würden es begrüßen, wenn man uns bei solchen Geschäften gebührend Zeit einräumt. Wenn es Anpassungen braucht, muss ein gewisser Handlungs-

spielraum bestehen, um die Dinge anders aufgleisen zu können. Die Kommission liess sich davon überzeugen, dass es falsch wäre, den vorliegenden Kredit abzulehnen, zumal es sich um ein sehr spezialisiertes System handelt. Im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung 2008 reichten nur drei Anbieterinnen eine Offerte ein. Es dürfte schwierig sein, alternative Angebote zu finden. Dass für ein Spezialesystem dieser Art eine Open Source-Lösung eingesetzt werden kann, ist laut der Verwaltung unmöglich.

Zu Denken gaben uns auch die relativ hohen Kosten, besonders, was die zusätzlichen Produkte anbelangt. Man muss sehen, dass die Anbieterin der Lizenz bei der Preisgestaltung nahezu freie Hand hat. Sie weiss, dass die Stadt ohne Lizenz nicht mehr mit dem System arbeiten könnte und die halbe Stadtverwaltung darniederläge. Ich habe die Frage aufgeworfen, ob die für zusätzliche Produkte veranschlagte Summe von 51'454 Franken sozusagen als Bonus für das Unternehmen zu verstehen sei. Von Seiten der Verwaltung konnte man uns davon überzeugen, dass mit diesen Geldern tatsächlich zusätzlich erbrachte Leistungen abgegolten werden. Die Verwaltung vertritt die Meinung, im Vergleich zu anderen Angeboten komme die Stadt mit den Kosten für das GIS relativ gut davon, der Preis liege im Rahmen. Die PVS stimmte dem Kredit, unter leichtem Zähneknirschen, zu. Der Antrag der Fraktionen GFL/EVP und FDP lag zum Zeitpunkt der Beratung in der PVS nicht vor.

Matthias Stürmer (EVP): Bei diesem Geschäft aus dem IT-Bereich geht es um Softwarebeschaffung, nicht um Hardware wie beim RZ. Wie der Kommissionsprecher sehr richtig erklärt hat, besteht das Hauptproblem in der Abhängigkeit zur Herstellerfirma. Uns bleibt keine Wahl in Bezug auf die Anbieterin, die den Auftrag erhält. Es fand eine sogenannte freihändige Vergabe statt, somit wurde der Wettbewerb ausgeschaltet, was wir nicht nur bei IT-Projekten als störend empfinden. Wir dachten zuerst über eine Rückweisung des Geschäfts nach oder über die Möglichkeit, die Lizenzdauer vorerst auf zwei Jahre zu beschränken. Wir kamen zum Schluss, dass es keinen Sinn macht, eine neue Ausschreibung innert so zu kurzer Frist zu lancieren. Die Antragstellerinnen verlangen eine Garantie, dass nach Ablauf eines Zeitraums von drei bis vier Jahren eine neue öffentliche Ausschreibung eingeleitet wird, die ein funktionales, in Bezug auf Hersteller und Produkt neutrales Pflichtenheft beinhaltet. Die Verwaltung muss die Anforderungen und die erforderlichen Funktionen definieren, anschliessend ist die entsprechende Software auf dem freien Markt zu beschaffen. Es gibt im Bereich der Open Source-Software durchaus Alternativen, beispielsweise QGIS oder GRASS GIS. Diese Produkte wurden vor fünf Jahren noch nicht angeboten beziehungsweise nicht angewendet. Hierbei geht es auch um ein Henne-Ei-Problem: Wenn keine Ausschreibung stattfindet, kann niemand ein Angebot machen. Obwohl wir uns an der Art stören, wie man uns die Kosten für die Verlängerung der GIS-Lizenz serviert, werden wir die bittere Pille schlucken. Wir beantragen, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Ausschreibung stattfindet, diese Forderung haben wir im Vorfeld mit den zuständigen Stellen abgesprochen. Soweit ich informiert bin, ist die Direktorin TVS mit diesem Auftrag einverstanden. Stimmen Sie unserem Antrag bitte zu.

Fraktionserklärungen

Philip Kohli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Der Kommissionsprecher hat das Wesentliche bereits erläutert. Wir beschränken uns auf den folgenden Punkt: Uns sind die Kosten von 51'454 Franken auch aufgefallen, wir haben uns gefragt, ob die Stadt sich diesbezüglich in einer erpresserischen Situation befindet. Sie befindet sich jedenfalls in einer unangenehmen Situation, denn es würde mehr als 2,5 Mio. Franken kosten, eine Änderung vorzunehmen. Das weiss auch die betreffende Anbieterin, die der Stadt Kosten für „Zusatzbedarf infolge gesteigerter Nutzung“ in Rechnung stellt. Leider gibt es diesbezüglich keine detaillierten Informationen. Fest steht, dass auch eine angemessene Gegenleistung erfolgen muss. Bei

gleichbleibender Leistung erscheint es nicht angezeigt, dass die Stadt ihren finanziellen Beitrag erhöht. Bleibt zu hoffen, dass die Anbieterin in fünf Jahren keine unfairen Spielchen mit uns treibt. Wir sehen uns fast gezwungen, dem vorliegenden Kreditantrag zuzustimmen. Wenn wir ohne Lizenz dastehen, kann ein grosser Teil der Stadtverwaltung nicht mehr ordentlich arbeiten. Daher dulden wir den Aufschlag von 51'454 Franken und stimmen der Vorlage zu, auch wenn wir dabei die Faust im Sack machen müssen.

Zum Antrag der Fraktionen GFL/EVP und FDP: Öffentliche Ausschreibungen sind teuer. Eine Erneuerung des Systems kostet mehr als 2 Mio. Franken. Es stellt sich die Frage, ob wir in fünf Jahren bereit sind, diese Mittel zu investieren. Falls danach ein neues System zur Anwendung käme, bräuchte es eine gewisse Zeit der Einarbeitung. Das ginge auf Kosten der Effizienz. Darum raten wir zur Ablehnung des Antrags. Der Stadtrat muss jedoch ein wachsames Auge auf die weiteren Entwicklungen halten.

Michael Steiner (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Im Jahr 2008 stimmte der Stadtrat einem Kredit von 2,5 Mio. Franken für die Erneuerung beziehungsweise Vereinheitlichung des GIS zu. Diese Investition hat sich gelohnt, das neue GIS ist eine gute Sache. Mehrere Mitglieder unserer Fraktion verwenden beruflich ein ähnliches System. Ich persönlich mache gern Gebrauch vom GIS und kann Ihnen empfehlen, die auf dem öffentlichen Netz der Stadt Bern verfügbaren GIS-Daten, also Zonenpläne, Lärmimmissionspläne etc. einmal anzuschauen. Es trifft zu, dass das System etwas kostet, aber es kostet nicht alle Welt. Deswegen kann ich dem Kredit zustimmen. Die Fraktion GFL/EVP stimmt dem Kredit zu, nicht alle müssen dabei die Faust im Sack machen. In der Welt der modernen Technologien bestehen diverse Abhängigkeiten – man ist von Microsoft oder von seinem Handyanbieter abhängig. Ähnlich ist die Stadt eben von der Anbieterin des GIS abhängig. Es wäre verfrüht, jetzt schon eine neue Ausschreibung zu machen. Ich bin mit Philip Kohli einverstanden, dass wir die Kosten im Auge behalten müssen. Wir stimmen dem Antrag GFL/EVP und FDP ebenfalls zu.

Alexander Feuz (SVP) für die SVP-Fraktion: Unsere Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu und lehnt den Antrag der Fraktionen GFL/EVP und FDP ab. Die Stadtverwaltung ist auf das GIS angewiesen. Ein kurzfristiger Wechsel würde Mehrkosten verursachen. Man muss in Zukunft vermehrt vorhandene Synergien nutzen. Man muss die Verträge daraufhin überprüfen, welche Synergien man gewinnen kann. Es gilt zu bedenken, dass der Produktentwickler einen Werbegewinn erzielt, wenn er der Stadt Bern ein gutes Produkt zur Verfügung stellt. Im Bereich der Open Source-Produkte gibt es geniale Programme, aber es besteht das Risiko, dass ein Angebot nicht fortgeführt wird, falls gewisse Entwickler wegfallen. Wir haben vorhin die Worte eines zufriedenen Anwenders gehört. Für mich besteht das entscheidende Kriterium darin, dass das System gut funktioniert.

Dannie Jost (FDP) für die FDP-Fraktion: Das vorliegende Geschäft macht wirklich keine Freude, sondern es macht einen fast krank. Der Gemeinderat legt uns den Kreditantrag in allerletzter Minute vor, uns bleibt keine andere Wahl, als zuzustimmen. Diese Vorgehensweise ist nicht sauber und steht einer Stadtverwaltung gar nicht gut an. Der Vortrag des Gemeinderats umfasst gerade mal zwei Seiten. Auf einer solch mageren Grundlage sollen wir einem Kredit von fast einer Mio. Franken zustimmen. Von einer hinreichenden Begründung kann man nur träumen. Für die FDP steht fest, dass wir den Kredit ablehnen, wenn der interfraktionelle Antrag nicht angenommen wird. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die SVP-Fraktion sich gegen den Wettbewerb ausspricht. Dass sie sich gegen eine öffentliche Ausschreibung auf dem freien Markt wendet, geht mit den Bekenntnissen zugunsten des freien Wettbewerbs, die sie bei anderen Gelegenheiten kolportiert, nicht konform.

Daniel Imthurn (GLP) für die GLP-Fraktion: Als Begründung für die Zustimmung wurde angeführt, das System funktioniere gut, was von Seiten der Verwaltung bestätigt wird. Das gute Funktionieren des GIS rechtfertigt es nicht, alle Bedenken über Bord zu werfen. Dass wir alle von bestimmten Angeboten abhängig sind, halte ich für ein gar fatalistisches Argument. Unsere Fraktion konnte über den Antrag der GFL/EVP und FDP schon früher diskutieren, denn Matthias Stürmer kam ursprünglich mit der Frage auf uns zu, ob wir einer zweijährigen Befristung der Laufzeit zustimmen könnten. Sein Vorschlag stiess bei uns auf Sympathie, weil daraus folgen würde, dass man sich umgehend um die Prüfung von Alternativen kümmern müsste. Wir werden dem Antrag, der eine Befristung auf fünf Jahre vorsieht, zustimmen. Dass man in dieser Situation neue Wege gehen könnte, ist eine Überlegung wert. Vielleicht macht es Sinn, sich im Zusammenhang mit einer neuen Kreditausschreibung zu überlegen, eine Lizenz für die ganze mutmassliche Laufzeit des Systems zu lösen. Somit würde ein wesentlicher Faktor schon in der Einführungsphase in den Wettbewerb eingebracht. Matthias Stürmers Vorschlag ist vor dem Hintergrund zu verstehen, konsequent auf Open Source-Lösungen zu setzen. Das ist ein konstruktiver Ansatz, um nicht in so unbequeme Situationen wie jetzt zu geraten, in der die Stadt total auf den Goodwill einer Anbieterin angewiesen ist – fehlt der Goodwill, kann die Rechnung ziemlich teuer werden. Stimmen Sie dem Antrag der Fraktionen GFL/EVP und FDP bitte zu.

Einzelvotum

Alexander Feuz (SVP): Im Auftrag meiner Fraktion nehme ich Stellung zum Angriff der FDP-Sprecherin, die meinte, wir seien gegen den Wettbewerb. Die Verwaltung hat versichert, dass es sich um ein gutes Produkt handelt. Michael Steiner hat dies aus Anwendersicht bestätigt. Es braucht eine gewisse Vertragssicherheit gegenüber einer Herstellerin. Ein Vertragsabschluss setzt ein bestimmtes Engagement voraus, die betreffenden Verpflichtungen und Leistungen sind klar zu regeln. Dieses Verfahren kann man nicht plötzlich abändern, sonst wird am Ende niemand mehr bereit sein, mit der Stadt Bern einen Vertrag einzugehen. Für das Anliegen der Open Source-Lösungen habe ich Verständnis, aber hier geht es um ein sehr komplexes System. Da braucht es langfristige Regelungen und die Gewissheit, dass das Funktionieren des Programms langfristig sichergestellt bleibt. Mit dieser Begründung stimmen wir dem Verpflichtungskredit zu. Wir weisen den Vorwurf ab, wir seien gegen den Wettbewerb. Zum Wettbewerb gehört auch, dass man fair verhandelt und sich als zuverlässiger Vertragspartner erweist.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Allen Anwesenden sei empfohlen, das GIS Bern auszuprobieren, um zu sehen, was es leisten kann. Es handelt sich um ein gutes System, auf dem man alle vorstellbaren Anwendungen findet, beispielsweise die neue Solarwärmekarte, auf der die Sonnenexposition der Dächer in der Stadt Bern dargestellt wird. Anhand dieser Werte können Hausbesitzer entscheiden, ob es sinnvoll ist, in Solarwärme zu investieren. Auf dem GIS kann man auch Einsicht in das Inventar aller Bäume in der Stadt Bern nehmen oder sich über laufende Baustellen informieren. In Vertretung von Ursula Wyss möchte ich kurz auf die wichtigsten Punkte aus der Diskussion eingehen: Zur Softwarebeschaffung 2009 ist festzuhalten, dass diese in Form eines offenen Beschaffungsverfahrens durchgeführt wurde. Es gingen einzig drei Angebote von kommerziellen Anbieterinnen mit dieser Software ein. Im Anschluss an die Ausschreibung wurden die Fachanwendungen entwickelt und eingeführt. Seit 2013 ist ein flächendeckender Betrieb möglich, die neuen Lösungen haben sich in der Anwendung bewährt.

Die TVS hat nicht zuletzt aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen entschieden, auch in den kommenden fünf Jahren auf die bestehenden Infrastrukturen zu setzen. Die aktuellen Lizenz-

und Wartungsverträge laufen Ende des Jahres ab. Die TVS trat bereits 2013 mit der einzigen Anbieterin einer Gesamtlösung in Verhandlungen betreffend einer Vertragsverlängerung. Das Geschäft weist keine so kurze Fristigkeit auf, wie man anhand der vorgebrachten Voten meinen könnte. Für die im bestehenden Vertrag enthaltenen Komponenten gelten weiterhin die Konditionen, wie sie 2009 unter Konkurrenzbedingungen erfolgten. Weil Verbreitung und Nutzung des GIS Bern in den vergangenen Jahren ständig stiegen, müssen im Umfang von 51'454 Franken zusätzliche Lizenzen beschafft werden. Diese Mehrkosten sind im Budget 2015 unter den betreffenden Dienststellen enthalten, weil sie intern verrechnet werden. Die TVS legte das Geschäft im April 2014 der städtischen Beschaffungskommission vor, die der freihändigen Vergabe mit der bisherigen Vertragspartnerin einstimmig zustimmte. Nun legt der Gemeinderat dem Parlament einen Verpflichtungskredit zugunsten der Verlängerung des Enterprise License Agreements (ELA) mit einer Laufzeit von Anfang 2015 bis Ende 2019 vor. Die Diskussion hat gezeigt, dass Sie Vorbehalte in Bezug auf die Richtigkeit der gewählten Vorgehensweise haben. Dagegen betont die TVS, dass diese Vorlage die für den Moment wirtschaftlichste Lösung ist. Die TVS ist überzeugt, dass es sich um ein faires Angebot handelt.

Zum Antrag der Fraktionen GFL/EVP und FDP richte ich aus, dass Ursula Wyss mit dieser Forderung einverstanden ist. Sie hält fest, das Vermessungsamt werde beschaffungsrechtliche Abklärungen vornehmen und ohnehin prüfen, welche Lösung für eine nächste Periode die wirtschaftlichste sei. In diesem Sinne kann die Direktorin TVS den Antrag „voll und ganz“ unterstützen. Bitte stimmen Sie dem Verpflichtungskredit und dem Ergänzungsantrag GFL/EVP und FDP zu.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag GFL/EVP und FDP zu (52 Ja, 16 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 016*
2. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Vorlage zum Verpflichtungskredit zu (68 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 017*

Schlusswort der Ratspräsidentin

Vorsitzende *Tania Espinoza Haller*: Das Jahr 2014 ist fast vorüber. Es ist rasch vergangen, so mein Eindruck. – Vieles ist in dieser Zeit geschehen, hier in diesem Saal, der für uns Stadträtinnen und Stadträte jeweils Donnerstagabend zur vertrauten Bühne wird. An diesem Ort wird übers Jahr viel entschieden, noch mehr verhandelt und in erster Linie sehr viel geredet. In diesem Jahr fanden 49 Sitzungen statt – es wurde also 99 Stunden lang geredet – und es wurden 344 Geschäfte behandelt.

Dies ist die letzte Sitzung im endenden Jahr. Es ist Tradition, dass die amtierende Stadtratspräsidentin zum Jahresabschluss ein paar persönliche Worte sagen darf. Nach der Sitzung findet das traditionelle Abschlussessen statt. Es freut mich, dass Sie zahlreich teilnehmen.

Ich hatte die Ehre, während eines Jahres als Stadtratspräsidentin am Präsidiumspult zu residieren, mit einer kleinen Glocke in Griffnähe. Ich durfte unsere Sitzungen strukturieren und leiten. Ich war Herrin über das Mikrophon, das ich im seltenen Bedarfsfall auch mal abstellen konnte respektive musste. In diesem Sinne umfasst das Amt der Stadtratspräsidentin eine gewisse Machtposition, der dazugehörige Sessel sieht einem Thron ein bisschen ähnlich. Im schlimmsten Fall käme dem Präsidium sogar die Pflicht – oder das Recht – zu, den Saal räumen zu lassen. Dazu ist es glücklicherweise nicht gekommen. Ich bin froh, dass ich im Laufe des Jahres nicht rabiat einschreiten musste, obwohl ich – um ehrlich zu sein – ab und zu mit der Versuchung kämpfte. Ich muss Ihnen nicht erzählen, wie es in diesem Saal während einer

hitzigen Debatten zu- und hergehen kann; wie da Funken sprühen, Argumente durcheinander geworfen und hin und wieder auch Schimpfworte ausgetauscht werden.

Zu reden, zu verhandeln und zu entscheiden gab es viel in diesem Jahr. Ich denke dabei nicht zuletzt an unsere gemeinsame Busfahrt mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus den Nachbargemeinden. Im September konnten wir über das Tram Region Bern abstimmen. Das Resultat ist bekannt, ich erspare mir einen Kommentar. Auch die Wohninitiative Centralweg in der Lorraine vermochte manche Gemüter heftig in Wallung zu versetzen. Weiter erinnere ich mich an das Feuerwerkreglement, das in der Schlussabstimmung „weggespült“ wurde. Das Thema Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern löste zahlreiche und teilweise vehemente Voten aus und es zeigt, dass Bern nicht überall für eine Vorreiterrolle taugt. Weiter zu erwähnen ist das Geschäft zum IAFP, der dieses Jahr zu greifen begann, und selbstverständlich auch die Budgetdebatte. In diesem Jahr ist wirklich niemand zu kurz gekommen, was das Reden anbelangt. Vieles wird mir in Erinnerung bleiben. Auch jener besondere Moment, als ich am 1. August auf dem Münsterplatz unsere Nationalhymne singen durfte: Ich stand auf der Bühne und bekam eine Gänsehaut, weniger wegen der Erhabenheit des Moments, sondern eher, weil meine Stimme sich selbstständig machte, und ich unter Anstrengung darauf achten musste, dass dies übers Mikrofon nicht zu hören war, weil es den Ohren des Publikums hätte schaden können.

Die erwähnten politischen Geschäfte, mitsamt allen anderen, sind ein Abbild des vielfältigen Lebens in unserer Stadt. Bei der Durchschau aller Traktanden staune ich über die Vielfalt an Themen, die im Rat behandelt werden: Vom kleinsten „Gugus-Vorstoss“, der wohl erst nach langem Suchen in die Tasten eines unschuldigen Computers gehauen wurde – möglicherweise unterstützt durch die Wirkung eines stimulierenden Getränks – über routinemässig auftauchende politische Geschäfte bis hin zu komplexen und visionären Gedanken, die unsere Stadt noch weit in der Zukunft prägen werden, war alles dabei.

Bern ist fürwahr eine lebendige Stadt, trotz der anderslautenden Vorwürfe, Bern sei ein langweiliges Verwaltungsmekka. Bern bewegt – sich selbst und alle, die mit dieser Stadt zu tun haben. Der Stadtrat erscheint mir eine recht repräsentative Bühne zu sein für die erstaunliche Bandbreite an Meinungen, die wir Bernerinnen und Berner zustande bringen. Der Stadtrat und damit auch die Stimmenverteilung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt mögen gegenwärtig etwas rotgrün geprägt sein. Trotzdem tragen wir im Stadtparlament tatsächlich ein anständiges Bouquet mit verschiedenen politischen Farben zusammen. Egal von welcher Partei – manchmal wünscht man sich eine eher monochrome Situation, weil es so einfacher wäre: Man hätte viele Möglichkeiten, man könnte die Stadt nach eigenem Gusto prägen. Man dürfte schalten und walten und à la mode von „Mindcraft“ die eigene Phantasie ausleben. Es ist klar, dass das nicht nur gut ginge.

Als Stadtratspräsidentin befindet man sich in einer besonderen Situation. Höchste Bernerin – das klingt gut – und ist in meinem Fall optisch etwas lustig. Es trifft zu, dass man in dieser Rolle einen gewissen Abstand zu den einzelnen politischen Geschäften gewinnt. Man ist voll darin und gleichzeitig ein bisschen draussen. Man sollte die Übersicht gewinnen und man muss sie behalten. Infolgedessen wurde ich in diesem Jahr auch zur Beobachterin und ich bemühte mich, den Ratsbetrieb mit ein wenig Distanz zu verfolgen. Die „hohe“ Position als Ratspräsidentin ist zwar rein imaginär, sie führt aber zu einer zusätzlichen Wertschätzung gegenüber unserem System, welches darauf aufgebaut ist, dass sich die vorhandene Vielfalt in der politischen Arbeit niederschlägt. Oder um es blumig auszudrücken: Ich stehe als Stadtratspräsidentin weiterhin zu meinen Lieblingsblumen. Mir ist jedoch aufgefallen, wie wichtig es ist, dass im „politischen Blumenstrauss“ möglichst viele Farben zum Tragen kommen. Ich gebe zu, dass ich mich freue, wenn meine favorisierten Farben in diesem Bouquet besonders prominent wirken.

In meiner Antrittsrede habe ich betont, dass ich aufgrund meiner Geschichte besonders für die Bedeutung demokratischer Spielregeln sensibilisiert bin. Dass diese keine Selbstverständlichkeit sind – an dieser Sichtweise hat sich für mich in diesem Jahr nichts geändert. Einige Einsichten sind dazu gekommen – zum Beispiel, dass die Spielregeln nicht immer leicht einzuhalten sind und dass es manchmal anstrengend ist, sie durchzusetzen. Es kann vorkommen, dass nicht immer alle grosse Lust haben, den Ratsbetrieb möglichst effizient ablaufen zu lassen: Im Rat wird auch gefilibustert, es gibt Schlammschlachten und es werden Strippen gezogen oder man tut wenigstens so als ob. Manche Leute monieren nicht ganz ohne Grund, dass wir in Bern etwas peripher positioniert sind. Eines steht fest: Unser Ratsbetrieb braucht sich in Sachen Taktieren und Ähnlichem keineswegs vor vergleichbaren Parlamenten in vielfach grösseren Städten zu verstecken! Wenn dies als Kompliment mit Widerhaken ankommt, geschieht das nicht ganz ohne Absicht. Im Ernst: Es gab im letzten Jahr durchaus Situationen, die die Frage aufwarfen, ob gewisse Spielregeln, zum Wohl eines effizienten Ratsbetriebes, geändert werden müssten. Es gab Donnerstagabende, an denen der Ratsbetrieb gelegentlich unproduktiv und unangenehm, in seltenen Momenten sogar „grenzwertig“ wurde. Dazu möchte ich Folgendes anfügen: Der Entwurf zur Teilrevision des Geschäftsreglements (GRSR) befasst sich mit solchen Fragen. Ich lade alle, die an echten Änderungen interessiert sind, herzlich ein, sich intensiv damit zu befassen, sich dazu zu äussern und schliesslich im richtigen Sinne darüber abzustimmen.

Schon bald folgt das Jahr 2015, meine Amtszeit als Ratspräsidentin ist bald zu Ende. Es ist an der Zeit, Ihnen für Ihre Unterstützung zu danken, für Ihren Einsatz zugunsten der Stadt und für die Geduld mit mir. Ich möchte explizit auch jenen danken, die mir das Leben als Stadtratspräsidentin nicht nur einfach gemacht haben – sie gaben mir Gelegenheit, Erfahrungen zu machen, die man in dieser Intensität und Unmittelbarkeit sonst nirgendwo gleichermaßen effizient sammeln kann. Das Amt als Stadtratspräsidentin ist ein anspruchsvolles Ehrenamt und sicherlich kein gemütliches Hobby. Das Vorbereiten der Sitzungen und die exakte Planung der Abläufe, die sich in der Praxis dann anders als erwartet entwickeln, sind nicht ganz ohne. Vor allem, wenn man nebenher einen Job und eine Familie hat. Ich hatte das Glück, während meines Amtsjahrs viel Unterstützung zu erhalten. Vor allem auch von Seiten des Ratsbüros und des Ratssekretariats, das ganz nach dem Eisberg-Prinzip funktioniert: Wenn man nicht genau hinsieht, erkennt man nur die Spitze davon, was es für den Stadtrat leistet. Seine Unentbehrlichkeit ist mir deutlich aufgefallen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ratssekretariats leisten hervorragende Arbeit. Sie haben ein herzliches Dankeschön und mehr als das verdient. Ich bitte um einen Applaus. (*Applaus*)

An dieser Stelle danke ich auch unseren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sowie der gesamten Stadtverwaltung, die für unsere Anliegen immer offen ist, obwohl sie es mit uns nicht nur leicht hat. Im Rückblick war es für mich ein gutes Jahr. Es war spannend, lehrreich und intensiv. Ich werde in Zukunft viel daran zurückdenken, im positiven Sinne, da bin ich mir sicher. Das werde ich nicht allein tun. Zu guter Letzt danke ich ganz herzlich meiner Familie, die mich stets wirkungsvoll unterstützte, mich mit viel Verständnis begleitete und auch auf manches verzichten musste.

Wie angekündigt, werden wir das Ratsjahr traditionsgemäss beim gemeinsamen Nachtessen ausklingen lassen. Geographisch gesehen geht es mit uns abwärts – in die Matte. Wir werden im Lokal „5ème Etage“, im gemütlichen Rahmen, gemeinsam den Abschluss des Jahres feiern. Ich freue mich auf das Nachtessen mit Ihnen und auf den Jahresausklang. Das ist ein einmaliger Moment, um die Ratsglocke zu läuten. Herzlichen Dank!

Die Stadtratspräsidentin läutet mit der Handglocke. Applaus im Saal. Tania Espinoza Haller wird ein Blumenbouquet überreicht.

Traktandenliste

Die Traktanden 15, 16, 17 und 18 werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Interfraktionelle Motion SP, BDP/CVP, GFL/EVP, GB/JA!, FDP (Rithy Chheng, SP/Martin Schneider, BDP/Michael Daphinoff, CVP/Janine Wicki, GFL/Matthias Stürmer, EVP/Regula Tschanz, GB/Seraina Patzen, JA!/Bernhard Eicher, FDP/Ueli Jaisli, SVP): Das Chleehus als wichtige Quartierinfrastruktur erhalten
2. Motion Fraktion BDP/CVP (Claudio Fischer, CVP/Kurt Hirsbrunner, BDP): Aufhebung der Amtsdauerbeschränkung für Mitglieder des Stadtrates: Änderung der Gemeindeordnung der Stadt Bern
3. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Manfred Blaser, SVP): Sicherstellung und Verbesserung der direkten öV-Verbindung zum Krematorium/Abdankungshalle/Friedhof und zum Von-Roll-Areal der Uni
4. Motion Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB): Für einen zeitgemässen und zielgruppengerechten Vertrieb amtlicher Mitteilungen
5. Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Steht der Stadtpräsident künftig bei der Behandlung von Bauprojekten des Hochbauamtes Red und Antwort?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 18.55 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Tania Espinoza Haller*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*